

Streit um die Finanztransaktionssteuer

KONFLIKTANALYSE

Die Konfliktanalyse (nach Hermann Giesecke) ist grundsätzlich als Makromethode zu verstehen, die der Aufschlüsselung und Strukturierung eines Konflikts dient und durch verschiedene Methoden (z. B. Pro-Contra-Debatte, Expertenanhörung u. a.) weiter ausgestaltet werden kann. In einer Konfliktanalyse wird eine (aktuelle) konkrete politische Auseinandersetzung untersucht, die auf längerfristige, grundsätzliche gesellschaftliche Probleme und Widersprüche verweist. Es gilt zunächst zu klären, was der Kern des Konflikts ist, welche inhaltlichen Fragen strittig sind und öffentlich/politisch entschieden werden sollen. Zur Analyse der beteiligten Akteur_innen, Interessen, Formen der Auseinandersetzung und möglichen Entscheidungsfindung werden konkrete Fragen an den Konflikt gestellt. Diese werden mithilfe

gemeinsamer Planungsschritte und methodischer Überlegungen kooperativ bearbeitet.

Vorgehen:

Die Strukturierung und Analyse eines Konflikts orientiert sich an folgenden Schlüsselfragen und politischen Kategorien: Worin besteht der Konflikt (*Konflikt*)? Worum geht es im Einzelnen bei dieser Auseinandersetzung (*Konkretheit*)? Welche Ziele verfolgen die Akteur_innen in einer Situation oder mit einer Aktion (*Interesse*)? Welche Möglichkeiten der Einflussnahme stehen ihnen zur Verfügung (*Macht*)? Wie kann ich meinen Einfluss geltend machen (*Mitbestimmung*)? Welche Bündnispartner_innen stehen dafür zur Verfügung (*Solidarität*)?

Weitere mögliche Kategorien der Konfliktanalyse sind *Recht*, *Funktionszusammenhang*, *Ideologie*, *Geschichtlichkeit* oder *Menschenwürde*.

ARBEITSVORSCHLÄGE

1. Formulieren Sie ausgehend von M1 den zentralen Konflikt, den die Autorin im Streit um die Finanztransaktionssteuer sieht, und entwickeln Sie eigene Fragen, welche sich aus dem Konflikt ergeben.
2. Führen Sie eine Konfliktanalyse nach dem oben dargestellten Vorgehen durch (Methodenhinweise). Berücksichtigen Sie dabei die im Artikel beschriebene Einflussnahme durch die Wirtschafts- und Finanzindustrie auf politische Entscheidungsprozesse.

M1 Kosten der Finanzkrise: Wie Banken gegen die Finanztransaktionssteuer kämpfen

Seit Monaten kämpfen Banker, Vermögensverwalter und Anlagestrategen gegen die Finanztransaktionssteuer. Elf EU-Staaten wollen sie einführen und die Branche so an den Kosten der Finanzkrise beteiligen. [...] Allerdings hat die Abgabe, die derzeit noch im Gespräch ist, wenig mit dem ursprünglichen Vorschlag der EU-Kommission zu tun. Das dürfte zu einem großen Teil an der Arbeit der Lobbyisten liegen.

Nach der Vorstellung der EU-Kommission sollte die Steuer alle Finanzinstitute, alle Märkte und alle Finanzinstrumente treffen. [...] Auch die Bundesregierung hat sich laut Koalitionsvertrag eine Steuer auf »Aktien, Anleihen, Investmentanteile, Devisentransaktionen und Derivatekontrakte« vorgestellt. Eingeführt wird die Steuer nun aber wohl nur auf Aktien und ausgewählte Derivate – und damit auf einen Bruchteil der Finanzprodukte am Markt.

Die Transaktionssteuer zeigt wie kaum ein anderes politisches Vorhaben, wie groß der Einfluss der Finanzindustrie ist. Der österreichische Ökonom Stephan Schulmeister spricht von einer »konzertierten Kampagne der Finanzlobby« gegen die Steuer. So sollen Banker und Anlagestrategen über Monate immer wieder versucht haben, Politiker aus allen Lagern und Ländern mit Studien, persönlichen Gesprächen und gezielt gestreuten Informationen zu verunsichern.

Dabei war die Lobby zunächst unvorbereitet. 2011 überrascht die EU-Kommission sie mit dem ersten Entwurf für eine Steuer auf Finanzprodukte. »Die Finanzindustrie hat die Forderungen, eine Transaktionssteuer einzuführen, lange nicht ernst genommen«, sagt Dorothea Schäfer vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW).

Für besonders viel Furore sorgt ein Papier der US-Investmentbank Goldman Sachs. Die Lobby-

isten verteilen es zunächst bewusst an ausgewählte
40 Politiker, statt es breit zu streuen. In der Studie
heißt es, die Steuer werde Europas Großbanken in
die Verlustzone treiben. Betroffen seien vor allem
Banken aus Frankreich und Deutschland – also In-
stitute aus den beiden Ländern, die sich besonders
45 stark für die Transaktionssteuer einsetzen. Außer-
dem sind die Goldman Sachs-Zahlen extrem hoch.
Die Steuer werde die Banken 170 Milliarden Euro
kosten, rechnen die Banker vor. Dabei kommt die
EU-Kommission selbst in ihren Schätzungen ge-
60 rade einmal auf 35 Milliarden Euro.

In Deutschland ist es in erster Linie das Deut-
sche Aktieninstitut (DAI), das gegen die Finanz-
transaktionssteuer wettet. Die Lobbyisten argu-
mentieren, dass die Abgabe nicht Banken, sondern
55 Unternehmer und Sparer treffe. [...]

Dass die Steuer die Altersvorsorge gefährdet,
ist ein Argument, das Lobbyisten immer wieder
bringen. Dabei sagt Forscherin Schäfer: »Die
Auswirkungen der Transaktionssteuer auf die Al-
60 tersvorsorge werden überschätzt.« Schließlich soll
Geld, das fürs Alter zurückgelegt wird, langfristig
angelegt werden. Stark belasten würde die Steuer
die Altersvorsorge dagegen nur, wenn das Geld
besonders häufig umgeschichtet würde.

65 Parallel zur Studien-Flut suchen die Lobbyisten
das persönliche Gespräch. So beobachtet Wissen-
schaftlerin Schäfer immer wieder, wie Mitarbeiter
des Finanzministeriums im Anschluss an Diskus-
sionsrunden zum Thema von Branchenvertretern
70 umringt werden. Bundestagsabgeordnete berich-
ten von etlichen Besuchen von Bankern. [...]

Wie es derzeit aussieht, können die Interessen-
vertreter die Einführung der Steuer zwar nicht
ganz verhindern. Allerdings haben sie sie kräftig
abgeschwächt. Laut einer Studie, die die Bundes-
75 regierung bei der Beratungsfirma Copenhagen
Economics in Auftrag gegeben hat, hätte die ur-
sprünglich geplante Steuer jährlich 17,6 Milliarden
Euro in die Staatskasse gespült. Die verwässerte
80 Abgabe bringt dagegen nur 2,5 Milliarden Euro.

Und das Ringen um die Steuer geht weiter.
Schäfer vermutet, dass es bis 2016 dauert, bis die
Staaten die Abgabe einführen. Selbst wenn sich
die Länder bis Jahresende auf Details einigen,
85 dauert es, bis alle technischen Vorbereitungen ab-
geschlossen sind. Der Branche gibt das Zeit, um
neue Produkte zu entwickeln. [...] Also Finanz-
produkte, die die Steuer umgehen. ■ Quelle: Carla Neu-

haus, *Der Tagesspiegel* vom 01.12.2014



Karikatur von Klaus Stüttgen in *Der Tagesspiegel* © vom 01.12.2014

EXPERTENANHÖRUNG (POLITIKBERATUNG, LOBBYING)

Eine Expertenanhörung ist eine Simulation eines politischen Beratungsverfahrens. Hierzu werden fachkundige Expertisen unterschiedlicher Interessengruppen, d.h. von wirtschaftlichen Akteur_innen, zivilgesellschaftlichen Verbänden, Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Wissenschaftler_innen eingeholt. Idealerweise berücksichtigen politische Entscheidungsträger_innen in ausgewogener Weise die Stellungnahmen derjenigen, die von den Regulierungen betroffen sind. Um den Einfluss von Lobbyist_innen und (mehr oder weniger selbst ernannten) Expert_innen auf die Politik transparenter zu gestalten, wurde auf EU-Ebene ein Lobbyregister eingerichtet. Dennoch vertreten in Brüssel etwa 70 Prozent aller Berater_innen und Lobbyist_innen Unternehmensinteressen. Verstärkt werden jedoch auch Gewerkschaften, Sozialverbände und NGOs (wie z. B. Friends of the Earth, Attac, Finance Watch u. a.) als Expert_innen in politischen Entscheidungsprozessen konsultiert.

Vorgehen:

Teilnehmer_innen erarbeiten ausgewählte Positionen von Interessengruppen und simulie-

ren eine Expertenanhörung vor politischen Entscheidungsträger_innen (z. B. vor dem Rat der Europäischen Finanzminister oder dem Finanzausschuss des Europäischen Parlaments). Die Expertengruppen entwickeln auf Basis ausgewählter Materialien Rollenkarten, auf denen die wichtigsten Positionen festgehalten werden. Es wird ein kurzes Statement und eine Empfehlung zur aktuellen Streitfrage vorbereitet. Je ein_e Vertreter_in jeder Interessengruppe wird gewählt, welche_r in der Expertenanhörung mit möglichst verlässlichen (belegbaren) fachlichen Argumenten die Position der jeweiligen Gruppe überzeugend vertritt. Es ist ein_e Moderator_in zu bestimmen, welche_r die Leitung und Strukturierung der Diskussion übernimmt.

Anschließend folgt eine Reflexionsphase, in der die gewonnenen Erkenntnisse und der Ablauf der Expertenanhörung ausgewertet werden. Neben der inhaltlichen Reflexion sind somit auch ein Nachvollziehen des Ablaufs politischer Beratungsverfahren sowie die Analyse des Einflusses von Expert_innen und Lobbyist_innen auf politische Entscheidungen möglich. Welche Argumente waren am wichtigsten? Inwiefern wurde ein Kompromiss gefunden? Wie haben die Akteur_innen ihre Positionen durchgesetzt und somit Einfluss auf Politiker_innen ausgeübt?

ARBEITSVORSCHLAG: EXPERTENANHÖRUNG

1. Vorbereitung: Fassen Sie die ursprünglichen Ziele und Erwartungen der EU-Kommission unter Berücksichtigung der mit M1 durchgeführten Konfliktanalyse zusammen und benennen Sie das Problem.

2. Vorbereitung: Erarbeiten Sie Stellungnahmen aus Sicht der EU-Kommission (M2), von Wirtschaftsverbänden (M3), von Sozialverbänden und finanzmarktkritischen NGOs (M4, M5, www.attac.de, www.finance-watch.org).

3. Durchführung: Sie simulieren eine Anhörung vor dem Finanzausschuss des Europäischen Par-

laments zu der Frage »Inwieweit ist die FTS eine sinnvolle und wirksame Maßnahme, die globalen Finanzmärkte zu regulieren?« Sie vertreten eine der in den Materialien M 2–4 beschriebenen Positionen mit dem Ziel, durch Ihr Expertenwissen Einfluss auf die Entscheidung des Europäischen Parlaments zu nehmen.

4. Reflektion: Reflektieren Sie den Diskussionsverlauf und die Argumentationen hinsichtlich einer möglichen Beantwortung der Ausgangsfrage. Vergleichen Sie die in der Expertenanhörung gewonnenen Erkenntnisse mit den Ergebnissen und Fragen der Konfliktanalyse.

M2 EU-Kommission

- 1 Die jüngste weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise dauert an und hat schwerwiegende Folgen für die Volkswirtschaften und die öffentlichen Finanzen in der EU. Der Finanzsektor hat bei der Auslösung der Wirtschaftskrise eine wichtige Rolle gespielt, während die Staaten und allgemein die europäischen Bürger die Kosten getragen haben. In den letzten zwei Jahrzehnten war der Finanzsektor insgesamt [...] von hoher Rentabilität gekennzeichnet [...].
- 10 In dieser Situation haben mehrere Mitgliedstaaten begonnen, zusätzliche Formen der Besteuerung des Finanzsektors einzuführen, während es in anderen Mitgliedstaaten bereits spezielle Steuerregelungen für Finanztransaktionen gab. Die derzeitige Situation hat folgende unerwünschte Auswirkungen:
- Angesichts der wachsenden Zahl unkoordinierter steuerlicher Maßnahmen der Mitgliedstaaten entsteht eine Fragmentierung der steuerlichen Behandlung im Binnenmarkt für Finanzdienstleistungen, was EU-weit zu Wettbewerbsverzerrungen zwischen Finanzinstrumenten, Akteuren und Märkten sowie
 - 25 Doppelbesteuerung oder doppelter Nichtbesteuerung führen kann;
 - die Finanzinstitute leisten keinen angemessenen und substanziellen Beitrag zu den Kosten der jüngsten Krise [...];
 - 30 - die Steuerpolitik trägt weder dazu bei, von Transaktionen abzuhalten, die der Effizienz der Finanzmärkte nicht förderlich sind, aber der Realwirtschaft Mittel zugunsten der Finanzinstitute entziehen [...], noch ergänzt sie laufende regulatorische und Aufsichtsmaßnahmen zur Vermeidung künftiger Krisen im Bereich der Finanzdienstleistungen.
- 35 Die Verwirklichung eines gemeinsamen Finanztransaktionssteuersystems in einer ausreichenden Zahl von Mitgliedstaaten hätte in Bezug auf die unter die Verstärkte Zusammenarbeit fallenden Finanztransaktionen unmittelbare, spürbare Vorteile bei allen drei genannten Aspekten. ■ Quelle: Richtlinienvorschlag der EU-Kommission vom 14.02.2013
- Die EU-Kommission hat das alleinige Initiativrecht in EU-Gesetzgebungsverfahren sowie die Aufgabe, auf die Einhaltung des Europarechts in den Mitgliedstaaten zu achten (»europäische Exekutive«). Eine Regulierung der europäischen Finanzmärkte betreffend, plädiert sie für ein gemeinsames Finanztransaktionssteuersystem mit ausreichend Mitgliedstaaten.*

M3 Arbeiterwohlfahrt (AWO)

- 1 **Finanztransaktionssteuer muss kommen**
- »Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer auf europäischer Ebene ist eine entscheidende europäische Initiative und sollte schnellstmöglich umgesetzt werden«, fordert der AWO-Vorstandsvorsitzende Wolfgang Stadler. Die Arbeiterwohlfahrt fordert die Politik auf, sich auch gegen die Widerstände der Finanzlobby durchzusetzen.
- 10 »Man sollte sich nicht davon abschrecken lassen, dass infolge der Finanztransaktionssteuer Teile des Hochfrequenzhandels nicht mehr in Europa stattfinden würden. Vielmehr ist das ein Ziel. Denn so würde beruhigend eingegriffen werden in einen zuletzt ausufernden Finanzmarkt«, hebt Stadler hervor. Ein neues Gutachten erwartet Mehreinnahmen von 17 Milliarden Euro, aber auch die Verlegung von Geschäften ins Ausland. In diesem Zusammenhang erinnert Stadler an einen Kernaspekt der Steuer: »Sie soll die Gesellschaft vor genau diesen Geschäften schützen, die in den vergangenen Jahren verheerende soziale Krisen ausgelöst haben.« Eine Abwanderung dieser Geschäfte ist der Preis für soziale Sicherheit. Das neue Gutachten betont darüber hinaus, dass die konjunkturellen Effekte kaum spürbar wären. ■ Quelle: Pressemitteilung
- 25 der AWO vom 08.09.2014
- Die Arbeiterwohlfahrt ist ein dezentral organisierter deutscher Wohlfahrtsverbund, der die Unterstützung sozial benachteiligter Menschen zum Ziel hat und mit 145.000 Mitarbeiter_innen einen der größten Arbeitgeber Deutschlands darstellt. Die AWO fordert in finanzpolitischen Fragen eine stärkere Kontrolle des Wirtschafts- und Bankensektors sowie eine Stärkung sozialer Bereiche.*

M4 Deutsche Kreditwirtschaft (DK)

1 Nach Ansicht der deutschen Kreditwirtschaft ha-
ben viele Regierungen, Zentralbanken, unabhän-
gige Analysten und Steuerexperten in einer Viel-
zahl von Stellungnahmen in der Vergangenheit zu
5 Recht ihre Besorgnis gegenüber einer FTS deut-
lich gemacht. Eine solche, nur von wenigen Staa-
ten befürwortete FTS, werde den gemeinsamen
Markt für Finanzdienstleistungen gefährden, zu
einer Wettbewerbsverzerrung zwischen Markt-
10 teilnehmern aus den verschiedenen Mitgliedstaa-
ten führen und insgesamt zu einer Destabilisie-
rung der Finanzmärkte in Europa beitragen.

Der Deutschen Kreditwirtschaft zufolge wird
die von den Befürwortern einer FTS erhoffte po-
15 sitive Lenkungswirkung nicht eintreten, denn die
zur Debatte stehende FTS soll undifferenziert alle
Finanztransaktionen erfassen. Daher würde die
Steuer generell alle Finanzprodukte verteuern und
damit nicht nur von den Kreditinstituten selbst,
20 sondern von der gesamten Wirtschaft und den
Bürgern einschließlich der Kleinsparer zu tragen
sein. Leidtragende wären etwa Unternehmen, die
sich gegen Kursrisiken absichern müssen, sowie
Bürger, die Sparziele – insbesondere mit Blick auf
25 die Altersvorsorge – verfolgen.

Zudem wird eine FTS zu einer Mehrfachbelas-
tung von Geschäften mit mehreren Handelsstufen
führen. Von derartigen Kaskadeneffekten sind
insbesondere sowohl Verbund- als auch Konzern-
strukturen betroffen. Durch die Steuer werden
auch Wertpapierpensionsgeschäfte, die unter an-
derem für die Liquiditätsteuerung zwischen den
Kreditinstituten von tragender Bedeutung sind,
beeinträchtigt, mit negativen Folgen für die ganze
35 Wirtschaft. Zudem zeigt eine kürzlich veröffent-
lichte Untersuchung der Europäischen Kommis-
sion, dass neben den genannten tiefgreifenden
Problemen zusätzlich der zu Erhebung und Ver-
teilung der Steuererlöse zu betreibende Aufwand
40 nicht unterschätzt werden darf. ■ Quelle: Pressemitteilung
der DK vom 26.01.2015

*Die Deutsche Kreditwirtschaft ist ein Zusammenschluss
der fünf größten Kreditinstitute Deutschlands und
dient der Vertretung der Interessen der Kreditwirtschaft
gegenüber staatlichen Institutionen. Grundlegendes
Ziel der DK ist es, Märkte zu liberalisieren und
staatliche Kontrollmechanismen zu reduzieren.
Im Zuge des Ausbaus der Europäischen Wirtschafts-
und Währungsunion wird die Rolle der DK auf
50 europäischer Ebene zunehmend bedeutender.*

M5 Oxfam

1 **Endlich: Die Finanztransaktionssteuer
kommt! Bedauerlich: Der Beschluss
greift noch zu kurz!**

Zehn EU-Mitgliedsländer haben sich heute am
Rande des Treffens der EU-Finanzminister auf
5 die Besteuerung bestimmter Finanztransaktionen
im Rahmen einer Verstärkten Zusammenarbeit
geeinigt. Dies ist ein wichtiger Schritt, jedoch be-
zieht sich die Steuer zunächst nur auf Aktien und
einige Derivate, zudem tritt sie erst 2016 in Kraft.
10 Weite Teile des Derivatehandels sowie Anleihen
sind erstmal ausgenommen, ihre Einbeziehung in
die Steuer soll weiter verhandelt werden. [...]

Entscheidend sind nun die Verhandlungen
über die zweite Stufe der Steuer, in welcher der
Anwendungsbereich der Finanztransaktionssteu-
er (FTS) erweitert werden soll. Bei einer voll-
ständigen Umsetzung könnte die Steuer jährlich
bis zu 34 Milliarden Euro in die Haushalte der
20 beteiligten Länder spülen, davon 11 Milliarden
Euro in Deutschland. Wie viel die FTS tatsächlich
einbringen wird, hängt aber von der konkreten
Ausgestaltung ab. [...]

1 **Wir brauchen eine echte Steuer gegen Armut!**

25 Eine umfassende und effektive Finanztransakti-
onssteuer ist nur dann eine Steuer gegen Armut,
wenn ein großer Teil der zukünftigen Einnahmen
für die weltweite Armutsbekämpfung und die
Bekämpfung des Klimawandels verwendet wird.
30 Doch hierzu wurde bei der heutigen Verlautba-
rung kein Wort verloren. ■ Quelle: Pressemitteilung von Oxfam
vom 06.05.2014

*Oxfam ist ein unabhängiger Verbund verschiedener Hilfs-
und Entwicklungsorganisationen, der sich dem Kampf
gegen die weltweit steigende Armut verschrieben hat und
größtenteils aus Spenden finanziert wird. Um die im
Jahr 2000 von den Vereinten Nationen verabschiedeten
Millennium-Entwicklungsziele umzusetzen, stellt
Oxfam ökologische (z. B. Maßnahmen gegen Klima-
wandel), soziale (z. B. mehr Entwicklungshilfe, allge-
meine Grundbildung und Gesundheitsversorgung) sowie
finanz- und wirtschaftspolitische (z. B. gerechte Welt-
handelsregeln, Finanztransaktionssteuer) Forderungen.*